IMMAC
für starke Partnerschaften

Datum:	17. Dezember 2016
Medium:	www.kleinezeitung.at
Thema:	Steirischer Pflege-Gipfel endete ohne Ergebnis

Kostenfrage

Steirischer Pflege-Gipfel endete ohne Ergebnis

Heimbetreiber und Land Steiermark konnten sich nicht auf neue Verträge einigen. Nächster Anlauf ist im Jänner 2017. Ein Kompromiss-Vorschlag steht zur Diskussion.

Von **Thomas Rossacher** | 05.45 Uhr, 17. Dezember 2016

© Symbolfoto Fotolia

Das Ringen um ein neues Modell der Pflegefinanzierung in der Steiermark endete am Freitag abermals ohne Ergebnis. Im Jänner 2017 soll sich endgültig entscheiden, ob das Land und die Heimbetreiber neue Verträge abschließen – oder das Kriegsbeil wieder ausgraben. Für die knapp 12.000 Bewohner der Heime ändert sich vorerst nichts. An der besseren Personalausstattung, die ja bereits beschlossen worden ist, soll nicht gerüttelt werden.

Mehr als zwei Jahre wird nach vernichtender Kritik des Landesrechnungshofes am "Normkostenmodell" für stationäre Pflege verhandelt. So auch gestern: Dabei sollen sich Heimbetreiber und Landesvertreter in diversen Streitfragen (Abgeltung der Immobilien, Verpflegung, Verwaltung etc.) durchaus näher gekommen sein – allerdings nicht nahe genug.

Deshalb wird nun das angeblich letzte Angebot der Betreiber von Gesundheitslandesrat Christopher **Drexler** zur Abstimmung vorgelegt. Willigt der Koalitionspartner SPÖ (vor allem Finanzrefreferent Michael **Schickhofer**) ein und spielen der Städte- und Gemeindebund beziehungsweise die Sozialhilfeverbände mit, soll dieser Verhandlungsmarathon nächstes Jahr gelaufen sein.

Das ist nicht zuletzt eine Kostenfrage: 220 Millionen Euro sind allein von Landesseite im nächsten Jahr für die stationäre Pflege reserviert. Das dürfte aber nicht reichen, sofern man das Angebot der Heimbetreiber annimmt, meinen Eingeweihte.

Das Problem: Je teurer die Einigung mit der Heimszene wird, desto weniger Geld bleibt dem Pflegeressort, um andere und günstigere Betreuungsformen (Tageszentren, mobile Dienste etc.) zu forcieren.

Offiziell ließen beide Verhandlungspartner am Freitag ausrichten, dass "ein Kompromissvorschlag aufliegt, der gewürdigt wurde und nun den Partnern vorgelegt wird".